Zurück in die Zone

Japan Seit Kurzem wohnen wieder Menschen im Sperrgebiet um Fukushima, freiwillig oder gedrängt von der Regierung. Ist ein normales Leben möglich?

Als Hisao Tsuboi in die Sperrzone zurückkehrte, pflanzte er als Erstes Reis. Er steuerte seinen Traktor über den frisch gewässerten Acker, kleine Rädchen drückten die grünen Setzlinge in den Boden. Und nun wächst hier wieder Reis, am Rande der Sperrzone, nur 18 Kilometer entfernt vom Kernkraftwerk Fukushima Daiichi. Bald wird Tsuboi seine Ernte einfahren, die erste seit der Katastrophe. Um den Hals des Bauern baumelt ein Messgerät, wie es die Regierung an die Bewohner von Miyakoji verteilen ließ. Wenn Tsuboi es an einen Ablesezähler anschließt, erfährt er, wie viel radioaktiver Strahlung er an diesem Tag ausgesetzt war.

„Aber allzu genau will ich meine Strahlenwerte gar nicht wissen“, sagt er. Sonst könnte er hier kaum leben, denn den als unbedenklich geltenden Grenzwert von einem Millisievert pro Jahr überschreitet er sicherlich. Offiziellen Schätzungen zufolge setzen sich die Bewohner von Miyakoji jährlich einer Strahlung von 2,3 Millisievert aus. Das ist zwar viel weniger als in den anderen noch gesperrten Dörfern – aber das Doppelte dessen, was selbst die Regierung als vertretbar erachtet.

Zwar wurden sein Haus und der Garten in einem Umkreis von 20 Metern dekontaminiert, rodeten Arbeiter die Sträucher und trugen Erde ab. Doch die Bergwälder der Umgebung sind hoch verstrahlt, und wenn es regnet, wird verseuchter Schlamm die Hänge herabgespült. Zudem gibt es überall Strahlungs-Hotspots, an denen der Geigerzähler plötzlich ausschlägt. Tsubois Sohn und dessen Familie sind daher nicht nach Miyakoji zurückgekehrt, sondern in der nahen Großstadt Koriyama geblieben.

Trotz der Radioaktivität hat die Regierung einen Teil von Miyakoji in der Sperrzone um das havarierte Atomkraftwerk wieder für bewohnbar erklärt. Seit dem 1. April kehren die Menschen in ihre Häuser zurück, das Dorf ist Testfall und Vorreiter zugleich. Denn statt das Sperrgebiet zu schließen und die Evakuierten in unbelastete Regionen umzusiedeln, setzt die Regierung auf „Josen“, die Dekontaminierung. Bis Ende März 2015 sollen viele der 160 000 Menschen, die nach der Reaktor-

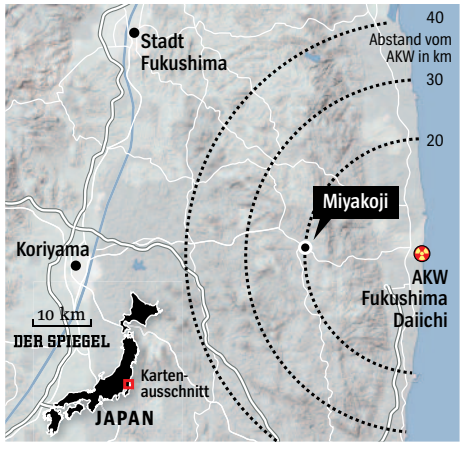
Bauer Hisao Tsuboi: „Allzu genau will ich meine Strahlenwerte gar nicht wissen“

Mobiler Supermarkt in Miyakoji: Der Alltag soll so schnell wie möglich zurückkehren

Katastrophenopfer Kaori Tsuboi: „Ich muss an das Wohl meiner Kinder denken“

FOTOS: NORIKO HAYASHI / DER SPIEGEL (U./O.); KO SASAKI / NYT / LAIF (M.)

Reaktorexplosion in Fukushima 2011



katastrophe vor über drei Jahren geflohen waren, die Notunterkünfte verlassen und in ihre Dörfer zurückkehren. Dann wird auch der inzwischen de facto verstaatlichte Reaktorbetreiber Tepco die monatliche Entschädigung von 100 000 Yen pro Kopf, rund 730 Euro, nicht länger zahlen. Wer vorher zurückkehrt, wird mit einer Sonderzahlung von 900 000 Yen belohnt.

Japans Premier Shinzo Abe hat es eilig. Je schneller in Fukushima der Alltag einkehrt, so sein Kalkül, desto schneller könnte auch der Widerstand der Bevölkerung gegen die Nuklearenergie erlahmen. Denn noch immer zeigen Umfragen, dass die Mehrheit der Japaner die Atomkraft ablehnt. Doch Abe will möglichst bald die ersten Meiler wieder ans Netz gehen lassen, die derzeit alle wegen Wartungen oder Sicherheitstests abgeschaltet sind. Vor dem Unglück von Fukushima lieferten insgesamt 54 Reaktoren rund ein Drittel des benötigten Stroms, und der Premier ist überzeugt, dass die rohstoffarme Industrienation die Nuklearenergie braucht. In Miyakoji und Umgebung könnte sich deren Zukunft entscheiden.

Das Dorf liegt nicht an der Küste, sondern hinter den Bergen, der Wind trug die radioaktiven Stoffe vom Kernkraftwerk herüber und trieb die Bewohner in die Flucht. Auf den ersten Blick sieht Miyakoji idyllisch aus, die braunen Holzhäuser schmiegen sich an die Hänge. Aber nachdem die Menschen geflohen waren, kamen erst die Ratten, dann der Schimmel. Im Winter brachen die Dächer ein, weil keiner da war, um den schweren Schnee herunterzuschaufeln. Viele Häuser stehen leer, die meisten Felder liegen brach. Von den Gewächshäusern sind nur noch die Metallgerippe übrig, zerrissene Kunststofffolien flattern im Wind.

Radioaktiv verseuchte Sträucher und Erde wurden entfernt, die Abfälle liegen in schwarzen Kunststoffsäcken überall am Straßenrand. Die Reinigungskräfte sind ältere Bauarbeiter oder Tagelöhner, sie tragen einfache Arbeitskleidung und einen Mundschutz, mit dem Japaner sich sonst vor Viren schützen. Mit Hacken kratzen sie die Erde zusammen und fegen diese mit Strohbesen auf. Doch ein Teil des radioaktiven Abfalls wird vom Wind davongetragen, noch bevor die Arbeiter ihn in die Müllsäcke füllen können. Selbst die Reiniger sehen nicht aus, als seien sie vom Sinn ihres Tuns überzeugt.

Hisao Tsuboi düngt zur Sicherheit seinen Acker mit Kaliumchlorid. Auf diese Weise will er verhindern, dass das bei der Reaktorschmelze freigesetzte strahlende Cäsium-Isotop in den Reis gelangt. Sein Getreide sei nur gering radioaktiv belastet, versichert der Bauer. Neun Becquerel pro Kilogramm Reis wurden bei einem Testanbau im vergangenen Jahr gemessen. Der offizielle Grenzwert beträgt dagegen 100 Becquerel. Außerhalb Fukushimas wird sich das Getreide trotzdem kaum vermarkten lassen. Hisao Tsuboi vertraut daher darauf, dass ihm die Regierung einen Teil seiner Ernte abkauft.

„Es ist ein bisschen wie früher“, sagt der Bauer hoffnungsvoll und lässt seinen Blick über das grüne Tal streifen. Er ist freiwillig zurückgekehrt, aber damit gehört er zu einer Minderheit. Nur knapp ein Viertel der 350 Bewohner lebt wieder in Miyakoji. Die anderen harren in Notunterkünften oder bei Verwandten aus, sie fürchten die Strahlung und trauen den Beschwichtigungen ihrer Regierung nicht.

„Die Behörden lassen uns im Ungewissen, unter welchen Bedingungen jeder Einzelne ohne Angst leben kann.“

„Die Behörden drängen uns, dass wir zurückkehren, aber ich muss an das Wohl meiner Kinder denken“, sagt Kaori Tsuboi, die nicht mit dem Reisbauern verwandt ist. Seit der Katastrophe lebt sie mit ihrem Mann und den drei Töchtern in einer Notunterkunft in einem westlichen Bezirk von Tamura, der Gemeinde, zu der auch Miyakoji gehört. Die Unterkunft ist eng, Futons, Kleidung und Spielzeug bedecken den Boden. Aber sie fühle sich hier sicherer als in Miyakoji, sagt die 38-jährige Schwangere. So lange wie möglich will sie in der Notunterkunft bleiben.

Doch es ist schwer für die Familie, sich der Rückkehr zu widersetzen. Denn seit die Regierung Miyakoji offiziell für bewohnbar erklärte, müssen die Kinder dort auch wieder zur Schule gehen, eine halbe Stunde dauert die tägliche Fahrt mit dem Schulbus in das Dorf. Den Eltern bleibt keine andere Wahl, eine Ersatzschule in der Nähe wurde geschlossen. In Miyakoji wird ihre Tochter Senna zwar jetzt in dekontaminierten Klassenräumen unterrichtet. Draußen frei herumtoben darf sie aber nicht.

„Mein Schwiegervater und mein Mann arbeiteten vor der Katastrophe im Kernkraftwerk Daiichi“, sagt Kaori Tsuboi. „Sie wissen, wie gefährlich radioaktive Strahlung für die Kinder ist.“ Deshalb ist bisher auch nur der Schwiegervater in sein Haus zurückgekehrt. Ihr seit drei Jahren arbeitsloser Mann sucht einen Job möglichst weit weg von der Sperrzone; sie hoffen, eines Tages anderswo leben zu können. So zerfällt die Gemeinschaft von Miyakoji, Familien werden zerrissen; die Alten kehren zurück, ihre Kinder und Enkel nicht.

In Tamura, knapp außerhalb der Sperrzone, entsteht nun ein Ort, an dem die Menschen ihren Glauben an die Technik, an die Atomkraft und auch an die Regierung wiederfinden sollen. Japans Atomenergiebehörde und das Institut für Umweltstudien wollen hier ab 2016 Methoden erforschen, mit denen radioaktiv verseuchte Gebiete dekontaminiert werden können.

Politiker und Beamte haben sich versammelt, um den Spatenstich zu feiern, auch der Gouverneur der Präfektur und ein Vizeumweltminister aus Tokio sind dabei. Am Rand steht etwas verloren Yukei Tomitsuka, 68, der Bürgermeister von Tamura. Die Ehrengäste drücken ihm flüchtig die Hand, sie haben keine Zeit für Tomitsuka und seine Sorgen.

„Letztlich geht es um die Entschädigung der Evakuierten“, sagt er. Die Regierung dränge ihre Bürger zur Rückkehr, damit Tepco nicht länger zahlen müsse. „Aber sie lassen uns im Ungewissen darüber, unter welchen Bedingungen jeder Einzelne dort ohne Angst um seine Gesundheit leben kann.“ Da verkündet die Obrigkeit das Ergebnis einer Reihenuntersuchung, wonach in Fukushima bis Ende vergangenen Jahres 74 Kinder und Jugendliche an Schilddrüsenkrebs erkrankten. Und sogleich versichern die Ärzte, dass dafür nicht der Reaktorunfall verantwortlich sei.

„Fukushima ist ein Experimentierlabor“, sagt Tomitsuka und zeigt auf die Baustelle des geplanten Umweltinstituts. „Erst in Jahrzehnten werden wir wissen, wie sich die radioaktive Strahlung auf unsere Gesundheit ausgewirkt hat.“

Wieland Wagner

FOTO: DPA